

# Der Student und die politische Realität

Dieser Beitrag von Dr. Hilmar Sachse wurde der „Universitätszeitung“, Organ der Parteileitung der Karl-Marx-Universität, Nr. 34/65 entnommen.

Die Mehrheit unserer Studenten nutzte die Sommerpause, um sich in vielfältiger Form Kenntnisse anzueignen, die zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft an unserer Universität beitragen. Ganz gleich, ob es sich hier um Reservistenausbildung, vor militärische Ausbildung oder DRK-Lehrgänge handelt, alle diese oft nicht leichten Übungen waren getragen von den Erfahrungen und dem tiefen Verständnis für eine sozialistische Wehrpolitik, die für uns alle immer bedeutsamer wird und die sich schließlich in jedem von uns in einer sozialistischen Wehrmoral und in der Erkenntnis sozialistischer Wahrheiten äußern wird.

Der Ausgangspunkt für die Anwendung der sozialistischen Wehrmoral und für die richtige Erkenntnis sozialistischer Wehrmotive ist zweifellos bei jedem von uns die Frage – warum tritt die sozialistische Wehrziehung in ihrer ganzen Vielfalt jetzt so sehr in den Vordergrund?

Einer der hauptsächlichsten Gesichtspunkte dafür ist die in der letzten Zeit vor sich gegangene Verschärfung der Spannungen in der Weltarena. Diese Entwicklung, die vor allem von der aggressiven Haltung der USA und Westdeutschlands

Jahren zwischen drei und acht Prozent. Der westdeutsche Imperialismus setzte damit besonders über die großen Konsumbetriebe seine Expansionsbestrebungen nach innen und außen fort. Diese Entwicklung ist jedoch mit der zunehmenden Verschärfung eines Widerspruchs zwischen gewachsender ökonomischer Macht und Stärke der Monopole und des Bonner Staates und der für sie beschränkten politischen und militärischen Position in der Welt verknüpft. Dies versuchten sie durch zunehmende Rüstung, durch allseitige Stärkung ihres militärischen Potentials, sowohl stärker als auch kontinuierlich, zu überwinden, um zu gegebener Zeit eine Lösung dieses Widersprüches durch Raub, Annexion und Krieg durchführen zu können.

Gegenwärtig macht sich besonders in Westdeutschland eine neue Tendenz bemerkbar, die vom ZK der SED eingehend analysiert wurde und in deren Resultat Walter Ulbricht auf dem 18. Plenum feststellen konnte,

dass zwar trotz der von Bonn geäußerten Kriegshysterie gegenwärtig keine akute Gefahr der Kriegsprovokation besteht, aber real und unmissverständlich eingeschätzt werden muss, daß die Bonner Regierung unter anderem über nahezu 200 Artilleriegeschütze bzw. Abschüsse für Atomraketen, 1300 Flugzeuge, 200 Schiffe, 3446 Geschütze und Granatenwerfer sowie 3380 Panzer.<sup>1)</sup>

Die besonders gefährliche Aggressivität des westdeutschen Imperialismus wird deutlich, wenn man sieht, wo das Hauptziel dieser ausgedehnten Angrißwaffen, heutzutage wieder produziert wird. Nehmen wir als Beispiel die Ausrüstung der Panzertruppe.

Die faschistische Wehrmacht besaß 1939, also in Kriegsbeginn, 2300 Panzer. Heute hat Westdeutschland selbstverständlich entsprechend dem vorherigen Stand der Technik dieses Potential bereits überboten. Das spricht zunächst schon für sich selbst. Höher waren diese Panzer jedoch vorwiegend ausländischen Ursprungs. Darauf haben sich die Militärs in Bonn in ihren Aggressionsbestrebungen eingeschränkt. Um ihre Ziele unabhängig von kulturen Faktoren zu verwirklichen, förderten sie den Aufbau des westdeutschen Rüstungsindustrie auf bestimmten Gebieten. Gegenwärtig konzentriert sich das besonders auf die Panzerproduktion. Über 3600 Panzer „Leopard“ sowie gepanzerte Fahrzeuge aller Typen werden unter Leitung der Krauss-Maffei AG (Flett-Konzern) und des Rheinstahl-Namag und Henschel AG (IG-Farben-Gruppe) in über 50 Betrieben Westdeutschlands produziert. Damit verteidigt sich die Aggressivität des Rüstungsmonopols und gleichzeitig trägt das zur breiten Streuung der Rüstung innerhalb der westdeutschen Industrie bei, was nichts anderes heißt, als daß neben den 30 Neuen und Teilstücken Tausende von Zuliefer- und Kooperationsbetrieben eng an die aggressiven Monopole und auf die Rüstungsproduktion ausgerichtet werden.

Dabei gehen die westdeutschen Imperialisten beim Aufbau dieser Rüstungsindustrie neue Wege im Gegensatz zu früher. Sie schaffen sich in den aggressiven Konzernen und bei Teilen des nichtmonopolisierten, aber abhängigen Kapital- und wirtschaftswissenschaftlichen Teilkapitals für eine umfassende Kriegsproduktion.

Sie verfolgen gegenwärtig das Ziel, etwa 18 bis 20 Prozent der vorhandenen industriellen Kapazitäten in den verschiedensten Bereichen, wie zum Beispiel Elektrotechnik – Elektronik, Fahrzeugbau und ähnlichen kriegswichtiger Zweige, direkt der Rüstung zur Verfügung zu stellen. Dafür sollen moderne Waffen und Gerätesysteme auf Basis modernster Produktionsorganisation laufend produziert werden, die als sogenannte Mustertypen oder „gefrorene“ Typen gelten. 40 bis 60 Prozent der westdeutschen Industriekapazitäten stehen damit andererseits ziviler Produktion zur Verfügung. Ziel des westdeutschen Imperialismus ist jedoch, in den oben genannten Bereichen meistet die Produktion zu auszurichten, daß sie sofort von ziviler auf direkte Rüstungsproduktion umgestellt werden kann, das heißt, daß zum Tage „X“ sofort hohe Mobilisierung das gesamte Industriepotential, das bis dahin gefrorene Waffentypen in Massenproduktion liefern kann. In diesem Prozeß kommen die technischen Umwälzungen im Militärgewesen, die die Grenzen zwischen Zivil- und Rüstungsproduktion äußerst fließend gestalten, das aggressive Bestreben

der Militäristen in großem Maße entgegen.

Als Vorbild einer hierartigen Rüstungspolitik entwickeln sich solche bereits erwähnten ausgesprochenen Rüstungsunternehmen wie die Krauss-Maffei-AG und der Rheinstahl-Henschel-Konzern. Die Produktionskapazitäten sind hier bereits in etwa 20 Prozent Rüstungs- und 80 Prozent Zivilproduktion gespalten, wobei im Absturzzeitpunkt militärische Panzer und Schützenpanzerarten als „gefrorene“ Typen gefertigt werden. Die Produktionsorganisation und die Struktur der Produktion dieser Betriebe wird parallel dazu zunehmend darauf gerichtet, möglichst solche Erzeugnisse im zivilen Bereich herzustellen, deren Verwendungsweck eine Umstellung von Zivil- auf Rüstungsproduktion ohne weitgehende Veränderung des Produktionsprozesses ermöglichen.

Um die Wahrnehmung, die sich daraus ergeben, möglichst abzuwenden, versuchten die westdeutschen Rüstungsmonopole im Verein mit den Militärs im Staatsrat



mit dem Militärs im Staatsrat lauter stärker, die Realisierung ihrer aggressiven Rüstungskomplexion in langfristige programmierte Bahnen zu lenken. Dabei nutzen sie entsprechend dem Stand der Vergesellschaftung der Produktion den objektiv notwendig gewordenen gesamtgesellschaftlichen Regulierungseffekt zuerst und überwiegend zur Stärkung der Aggressivität des Bonner Staates. Bestimmte Methoden der Prognosierung, die Programmbildung, die moderne Rechnertechnik, die Variantenanalyse sowie die Anwendung kybernetischer Modelle werden in den Dienst der kriegsverwandten Verbundenheit gestellt.

Sie dienen heute in Westdeutschland auf staatlicher Basis nicht ausschließlich nur zu Rüstungswesen und nicht, wie bei uns im Rahmen des Aufbaus des NOS ausschließlich Friedlichen Zielen.

Die Rüstungsproduktion in Westdeutschland soll für die Rüstungskonzerne eine langfristige „planierte“ Einstreichung ihrer Profite gewährleisten. Deshalb wird die gesamte Ausrüstung auf eine fünf- bis zehnjährige Programmierung zugeschnitten. Spezielle Datenverarbeitungsmaschinen im Kriegsministerium sollen die Rüstungsprogramme jeweils in mehreren Varianten ausarbeiten, um den Gegebenheiten, die sich aus der Labilität und den Widersprüchen des westdeutschen staatspolitischen Herrschersystems ergeben, im besonderen Maße als bisher gerecht zu werden.

Beste Ergebnisse wollen die Bonner Militärs bereits für den Panzerbau vorlegen. Die Rüstungsauflage für die Panzerproduktion sollen durch die Laufzeit von etwa vier Jahren erreichen. Das gibt den Rüstungskonzernen die Möglichkeit der langfristigen Programmierung ihrer Profite und verschafft ihnen Vorteile gegenüber anderen Produzenten, die ständig um die Auslastung ihrer Kapazitäten kämpfen und nicht auf staatliche Beziehungen auf mehrere Jahre zurückgreifen können. Neben diesen Methoden der sozialen Rüstungsvorbereitung und der Verbesserung der Aggressivität im Bonner Staat treten auch in der Organisation der umfassenden Militarisierung der Wirtschaft neue Momente hervor, die sie als rüstungswirtschaftliche Leitlinien ihres aggressiven Kriegsbildes kennzeichnen. Sie gehen dabei von folgenden Überlegungen aus: „Da sich mit Rücksicht auf die entscheidende Bedeutung der Anfangsphase eines Krieges unterlassen Verteidigungsvertretungen“ (sprich: Kriegsvorbereitung, H. S.) in keinem nennenswerten Umfang mehr nachholen lassen, liegt die Stärke einer Nation am wesentlichen in dem Potential begründet, das vor der Kündigung der Feindseligkeiten bereits vorhanden ist. Im Gegensatz zu früher hat damit die Frage des Umfangs der Verteidigungsbereitschaft (sprich: Kriegspotential, H. S.) eine zeitliche Verschiebung nach vorn, das heißt, in den Zeitraum vor Ausbruch der Feindseligkeiten ein. Die Grenzen für die Entwicklung des Verteidigungssystems (sprich: aggressives Kriegssystem, H. S.) werden durch die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft gesteckt, deren Sistabilität nicht gefährdet werden darf, wenn die Quellen erschöpft werden sollen, die das gesamte Verteidigungspotential (s. o.) speisen.“<sup>2)</sup>

Diese Vorstellungen finden wirtschaftlich und politisch die volle

gewisse Grude persönliche Opfer, Kontinuität, bewußte Verwirklichung bestimmt hoher Aufgaben, die Anstrengung eines klaren Klassenstandpunktes und seine konsequente Verteidigung, das sind doch zweifellos Charaktereigenschaften, die in sich vereint das Bild eines sozialistischen Studenten zeichnen. Diese Eigenschaften bilden eine wesentliche Voraussetzung für eine sozialistische Wehrmoral.

Mit diesem Bestandteil sozialistischer Wehrmoral wird zugleich eine Wehrmoral sichtbar, das den Ranggrad politischer Überzeugung deutlich werden lässt. Die Herausbildung der Charaktereigenschaften sozialistischer Studenten vollzieht sich im Rahmen der sozialistischen Gesellschaft, doch zweifellos ist das nur vollständig möglich, wenn sich die persönlichen Interessen dazu in Übereinstimmung befinden. Deshalb darf bei der Herausbildung der Wehrmoral für einen sozialistischen Studenten sein persönlicher Bereich, seine eigene konkrete Lebenswelt, die Möglichkeit eines sozialen Studiums nicht außer Acht gelassen werden. Jeder Student verzögert nicht nur die DDR und Deutschland schlechthin, er ist vielmehr für die Erhaltung seiner Persönlichkeit, seines Studiums, der großen Möglichkeiten, die ihm geboten werden, verantwortlich.

Alle diese Maßnahmen und neuen Methoden werden damit als Bestandteile der Bonner Kriegsvorbereitungen entlarvt, ein gleichzeitig auch die Kontinuität zum Faschismus offenbaren und die belegten, daß Westdeutschland heute in eine neue Phase der Kriegsvorbereitung eingetreten ist.

Diese Situation erfordert von uns eine hohe Wehrmoral, die vom dem Bewußtsein durchdrungen sein muß, daß wir die Zukunft Deutschlands, Deutschlands überhaupt, verteidigen und damit im Interesse des nationalen Misses handeln. Das erfordert die Entwicklung hoher moralischer Qualitäten überhaupt, die sich im Studium jeder sozialistischen Student auszogen und fühlend, Ausdeuter, selbstloser persönlicher Einsatz, im

<sup>1)</sup> Bericht des Politbüros an das ZK, Blatt des ZK der SED, „ND“ vom 22. Juni 1963, Seite 4.

<sup>2)</sup> Vgl. „Rundschau“ Nr. 23/64, Seite 22.

<sup>3)</sup> „Wirtschaftswissenschaftliches Rundschau“ Nr. 12/1964, Seite 28.

<sup>4)</sup> Ebenda Nr. 13/64, Seite 22.

<sup>5)</sup> Ebenda Seite 22.



bestimmt wird, hat ihre Ursache vor allem in folgendem Tatbestand:

In den USA und in Westdeutschland war in den letzten Jahren einweiterer der ökonomische und militärische Machtwuchs des Imperialismus im Vergleich zu anderen kapitalistischen Staaten am größten und schnellsten; anderseits sind in diesen Ländern die antimonopolistischen demokratischen Volkskraften im Vergleich zu anderen entwickelten kapitalistischen Staaten mehr zerstört und schwächer. Dies erklärt den starken Einfluß der extremen Kräfte des Monopolkapital in beiden Staaten und die Bereitschaft der Regierungen Johnson und Erdhardt, sogenannte aggressive Verhandlungen zu unterstützen. Die Regierung Johnson und Erdhardt müssen sogenannte aggressive Verhandlungen zu unterstützen. Die aggressive Verhandlung des Wall Street Imperialismus, die mit zunehmenden militärischen und politischen Aggressionen den Vormarsch der Kräfte des Friedens und des Sozialismus aufzuhalten und zurückzudrängen wollen.“<sup>1)</sup>

Diese theoretische Analyse wird täglich durch die praktische Entwicklung in der Politik und den Maßnahmen dieser Staaten bestätigt, so unter anderem durch die verbrecherische Politik der USA in Vietnam.

Doch andererseits muß man im Hinblick auf unsere deutsche Situation, gewissermaßen als Beitrag zur Klärung des historischen, nationalen Misses unserer DDR, für die Aspekte des Verbesserung und Erhöhung der Wehrziehung und Schaffung einer sozialistischen Wehrmoral besonders von einer exakten Analyse der Haltung, Entwicklung und des Potentials des westdeutschen Imperialismus ausgehen.

Die Zuwachsraten des ökonomischen Potentials des westdeutschen Imperialismus liegen in den letzten



A 10